

Haushaltsrede der UWV-Fraktion zum Haushalt 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

die Weltwirtschaftskrise hat uns im Kreis Euskirchen erreicht, das zeigen uns nicht zuletzt steigende Arbeitslosenzahlen, sondern auch Betriebe, die seit geraumer Zeit Kurzarbeit angesetzt haben. Die Stadt Euskirchen hat bisher noch Glück gehabt, was dieses Thema angeht, aber trotzdem ist Vorsicht geboten! Denn: „Euskirchen ist keine Insel“, d.h. auch wir können uns vor dem derzeitigen negativen Trend der Wirtschaft nicht isolieren. Gegen diese wirtschaftlichen Krankheiten gibt es keinen Impfschutz. Wenn ja, dann her damit!

Gehen wir Optimisten aber mal – vor dem Hintergrund der eben erwähnten Weltwirtschaftskrise – von konstanten Gewerbe-, Grundsteuer- und sonstigen Steuereinnahmen aus. Die Steigerungen um bis zu 7,6 Mio. EUR bis 2012, laut Haushaltsplanentwurf, halten wir für Illusion. Bei aller Rechnerei wäre die restliche Ausgleichsrücklage dieses Jahr dennoch aufgebraucht, weil wir trotz projektierter Mehreinnahmen von rd. 4 Mio. EUR ein Defizit von mehr als 9 Mio. EUR erwirtschaften. Da wir selbst bei optimistischster Betrachtungsweise nur von gleich bleibenden Einnahmen ausgehen können, ist die Ausgleichsrücklage bereits in diesem Jahr aufgezehrt.

Zur Verdeutlichung muss man allerdings auch wissen, dass diese Ausgleichsrücklage kein Geld auf der „hohen Kante“ darstellt, sondern eine rechnerische Größe ist, die sich aus einer 3-Jahres-Steuerkraftberechnung ergibt, sie ist also nicht real. Nach handelsüblichen Kriterien ist die Stadt Euskirchen nach wie vor insolvent!

Das strukturelle Defizit lt. Haushaltsplanentwurf halten wir für zu optimistisch. Gerade vor dem Hintergrund des Konjunkturpakets werden die Schulden steigen. Dennoch sind Investitionen unverzichtbar. Die Afa belastet den städtischen Haushalt extrem, da jede Investition in das Anlagevermögen die Belastung steigert. Daher ist es unverzichtbar, dass die Investitionen sorgsam und mit bedacht getätigt werden, damit sich diese wieder refinanzieren. So ist es

ja auch gedacht. Auf jeden Fall sollten diese Investitionen wichtig für die Stadt sein, auch wenn die Haushaltslage eher schlecht als recht ist.

Ein weiterer großer Kostenfaktor stellt die Kreis- und ÖPNV-Umlage dar. Auch hier kann zukünftig mit steigenden Umlageforderungen des Kreises Euskirchen gerechnet werden.

Dem vorliegenden Stellenplan werden wir zustimmen. Der Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und Bereitstellung von qualifiziertem Personal - gerade vor dem Hintergrund des Kibiz - ist extrem schwierig. Trotzdem unterstützen wir die Notwendigkeit von zusätzlichem qualifiziertem Personal in diesem Bereich, da es sich schließlich um eine besondere Investition in unsere Kinder handelt, denn diese sind unsere Zukunft, leider gibt es noch viel zu wenige! Darum müssen wir mit dieser „Ressource“-Kind besonders sorgsam umgehen.

Wir begrüßen auch, dass nunmehr verstärkt in Schulgebäude investiert wird. Die Marienschule befindet sich derzeit schon in der Umbau- bzw. Anbauphase. Für die Realschulen laufen die Planungen. Dies alles, Herr Dr. Friedl, wäre besonders begrüßenswert gewesen, wenn dies schon Jahre zuvor in Angriff genommen worden wäre. Dann wäre der Sanierungsstau an Schulgebäuden für uns heute kein Thema mehr. Die Kinder müssten nicht in teilweise verschimmelten Gebäuden untergebracht sein. Sicher würden wir über Erweiterungsbauten für die OGS reden, es wäre aber ein ganz anderer Umfang, wie wir ihn jetzt kennen und haben. In diesem Zusammenhang werden möchten wir folgenden Antrag in diese Sitzung einbringen:

Die UWV-Fraktion beantragt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sachstandsbericht über sämtliche Grundschul- und Förderschulgebäude sowie Kindertagesstätten inkl. Kostenschätzungen für Sanierungsmaßnahmen, zu erstellen. Des Weiteren soll jeweils eine Kostenschätzung für evtl. Neubauten – sozusagen als Gegendarstellung – vorgelegt werden.

Begründung:

Im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung sollte, bevor wichtige Entscheidungen über Investitionen getroffen werden, der „Status Quo“ bekannt sein. Nur dann kann in die eigentlichen Planungen z.B. ob Sanierung oder Neubau eingestiegen bzw. Entscheidungen getroffen werden.

Eine solche Vorgehensweise würde bei Entscheidungen dieser Art (Sanierung oder Neubau?) sinnvoll und hilfreich für alle Entscheidungsträger sein.

Wie kann es sein, sehr geehrter Herr Dr. Friedl, dass für den Gardebrunnen EUR 700.000,-- in Ihrer Vorschlagsliste geplant sind, während unsere Kinder in von Schimmel bedrohten Räumen unterrichtet oder im Keller „gehalten“ werden. Es kann nicht sein, dass wir Maßnahmen wie beispielsweise den Gardebrunnen im Kopf haben, wenn unsere Kinder noch nicht die nötigsten grundlegenden Ausstattung an Schulen und sonstigen Einrichtungen haben.

Dieser Gardebrunnen ist nach unserer Meinung ein reines Prestigeobjekt und dient ausschließlich der Selbstdarstellung einiger Politiker, was in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation mit nichts zu rechtfertigen und dem Bürger nicht vermittelbar ist.

Jeder Euro, den wir in Kinder und Bildung investieren, ist ein guter Euro. Es ist schön, dass auch bisher konservative Kräfte in dieser Runde dies mittlerweile erkannt haben.

Im übrigen sind diese vielfältig vorgebrachten Vorschläge nach dem sogenannten Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes unter dem Gesichtspunkt zu würdigen, dass dieses Gesetz zwar beschlossen, aber noch nicht verkündet ist. Es ist daher derzeit noch gar nicht rechtskräftig.

Des Weiteren fehlen verbindliche Landesvorschriften im Hinblick darauf, was alles förderungsfähig ist.

Dies betrifft insbesondere die Frage, welche Maßnahmen außerhalb der energetischen Sanierung noch gefördert werden und wie das Merkmal der „Zusätzlichkeit“ zu verstehen ist, da nur bislang nicht geplante Maßnahmen förderungsfähig sein sollen.

Insofern sind sämtliche voreiligen Beschlussfassungen an dieser Stelle nicht sinnvoll. Die Verwaltung kann sich lediglich intensiv auf diese Dinge vorbereiten und erst nach Vorlage rechtskräftiger Gesetze und Verordnungen verantwortliche Vorlagen liefern. Sämtliche Beschlussvorlagen der Kollegenfraktionen sind insofern populistisches Wahlkampfgetöse, nicht hingegen Ergebnis verantwortlicher Überlegungen bei bestehenden Gesetzen.

An dieser Stelle muss ich mal wieder auf das City-Forum zu sprechen kommen.

Dieses „Groschengrab“ höhlt unseren Haushalt massiv aus. Jedes Jahr wird der Zuschuss höher. In diesem Jahr um rd. 40 % mehr, als im letzten Jahr. Dieses Geld fehlt uns für wichtige Dinge. Hätten wir schon Anfang 2008 das Gebäude verkauft oder als Parkplatz eingeebnet, so wären jetzt bereits rd. 1,2 Mio. Euro

an Zuschüssen eingespart und ein entsprechender Parkgebührenanteil erwirtschaftet worden. Beim Verkauf als Baugrundstück in einer 1 a Lage wäre, die Verwaltung könnte es sich genauer ausrechnen, ein Betrag in Millionenhöhe erreichbar. Aus den vorgenannten Gründen wäre die Sonderabschreibung von ca. 4,5 Mio. EUR schon innerhalb von 2 Jahren zur Hälfte erwirtschaftet, abgesehen von den anderen positiven Impulsen für die Innenstadt.

Dies sind nur wenige ausgewählte Beispiele. Ich könnte noch mehr nennen, aber Sie kennen diese sicher sehr viel besser. Dies lässt unserer Meinung nach erkennen, dass der viel zitierte und beschworene Sparwille entweder nicht wirklich vorhanden ist oder an den falschen Stellen greift. Wie sagte Herr Vossemer im Haupt- und Finanzausschuss am 05.02.09 sehr treffend: „Die Ausgaben von heute, sind die Schulden von morgen.“

Ich finde es sehr schön, dass er sich unseren seit Jahren bekannten und in unserer Haushaltsrede 2007 artikulierten Standpunkt zu eigen gemacht hat. Sehr geehrter Herr Kollege Vossemer, herzlichen Dank für die Wiederholung dieses Zitats aus unserer Haushaltsrede 2007. Wir würden uns wünschen, wenn Sie diese Ihre Überzeugung auf durch Ihr Abstimmungsverhalten dokumentieren würden.

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass sich dieser Haushalt, so negativ er in seiner Aussage auch ist, trotz allem noch in besonderem Maße schön gerechnet ist. Bei Vorgabe falscher Prioritäten im Hinblick auf unsere Zukunft, insbesondere auf die unserer Kinder.

Die Generationengerechtigkeit ist nicht ansatzweise erkennbar.

Aus diesen vorgenannten Gründen können und werden wir dem Haushalt, mit Ausnahme des Stellenplans, nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die UWV-Fraktion

Susanne Daniel

(es gilt das gesprochene Wort)